



Dringliches Postulat

09/20 betreffend RUAG streicht 90 Stellen in Emmen

Ausgangslage

Die finanzielle Krise des Luzerner Stahlherstellers Schmolz + Bickenbach, zu dem Swiss Steel gehört, war im November 2019 akut. In diesem Zusammenhang waren schon damals Arbeitsplätze in Emmen hoch gefährdet und ein Eingreifen und Vermitteln der Politik gefordert.

Diese Woche die nächste Hiobsbotschaft. Seit Anfang Jahr besteht der staatseigene Rüstungskonzern RUAG aus zwei Teilen; einem MRO CH (RUAG Schweiz) und einem MRO International (RUAG International) Teil. MRO CH ist grundsätzlich für den Unterhalt und die Wartung der Armeesysteme zuständig. MRO International hat den Fokus auf der Herstellung von Flugzeug- und Raumfahrtkomponenten. Letzteres soll 2021 privatisiert werden und längerfristig an die Börse gehen. Gestern hat RUAG International nun mitgeteilt, den Geschäftsbereich Flugzeugkomponenten neu ausrichten zu wollen.

Zu den Hintergründen heisst es, dass sich RUAG Aerostructures (ein Geschäftsteil von RUAG International) in einem "komplexen und hochkompetitiven Marktumfeld" bewege. Mit der Einstellung der Aufträge für den Airbus-Flieger A380 habe sich die wirtschaftliche Situation im Emmen zudem zusätzlich verschärft. Dort werden die Flügelspitzen und Aluminiumflügel des Superfliegers hergestellt, von dem 2021 der letzte das Werk verlassen wird. Gerechnet wird deshalb am RUAG-Standort in Emmen bis zum Jahr 2021 mit einem Stellenrückgang von heute 290 auf 200.

Noch im Februar 2019 liess das Unternehmen verlauten, dass die RUAG, da sie mehr Bestellungen für andere Airbus-Modelle erhalten habe, nicht damit rechne, dass die sechs Millionen Franken durch den Auftrag fehlen würden. Darauf angesprochen sagt jetzt RUAG-Sprecher Clemens Gähwiler: "Der A380 ist nicht der einzige Auslöser, aber durch die Einstellung hat sich die Situation in Emmen doch noch einmal verschärft, wie wir nach einer tiefergehenden Prüfung festgestellt haben."

Im Vordergrund heisst es in der Mitteilung, stehe die Entwicklung hin zu einem rentablen Aerospace-Konzern bis spätestens 2021. Deshalb soll "auf die unterschiedlichen Fähigkeiten der drei Standorte Emmen (CH), Oberpfaffenhofen (DE) und Eger (HU) gesetzt werden".

Die Division in Emmen soll sich auf komplexe Technologien sowie auf die Oberflächenbehandlungen von Strukturbauteilen konzentrieren. Arbeitsintensive manuelle Tätigkeiten würden zukünftig Partnern am Standort Emmen übergeben, eingekauft oder an die anderen Standorte verlagert werden. "Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, den Bereich Aerostructures an der neuen Strategie auszurichten und den Standort Emmen langfristig zu sichern", wird Urs Kiener, CEO von RUAG International, zitiert.

"Ziel soll sein, dass die Firmen auch einen Teil der Mitarbeiter übernehmen." Die Frage, ob auch an anderen Standorten Stellenstreichungen geplant seien, verneint er.

Der Bund hat sich aus der finanziellen Verantwortung gezogen. Dass die RUAG erst jetzt reagiere, obwohl der Geschäftsbereich gemäss Mitteilung der RUAG schon länger unter Druck sei, wirft Fragen auf.

Gemäss RUAG soll ein Sozialplan zum Einsatz kommen, Lernende seien zudem nicht betroffen. Auch soll der Stellenabbau über eine restriktive Einstellungspolitik, natürliche Fluktuation sowie durch interne Stellenwechsel abgedeckt werden. Nebst der RUAG International ist auch die neue RUAG Schweiz am Standort Emmen. Deren 600 Mitarbeiter sind aber nicht betroffen.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf

- umgehend mit den Verantwortlichen der RUAG das Gespräch zu suchen.
- zu klären, wie viele Mitarbeiter ihre Anstellung definitiv verlieren werden.
- zu erfahren, wie mit solchen Mitarbeitern umgegangen und diese unterstützt werden.
- den vorgesehenen Sozialplan zu prüfen und allenfalls zu intervenieren, falls dieser ungenügend ist.
- aufzuzeigen, wie die Gemeinde als Behörde mit dieser Situation umgeht.
- aufzuzeigen, wie die Gemeinde als Behörde mit den zunehmenden Krisen in Grossbetrieben und den dabei gefährdeten Arbeitsplätzen umgeht, um diese mindestens zu kompensieren.

Begründung

Uns ist bewusst, dass die Politik nur die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bereitstellen kann. Dennoch hat die Intervention der Politik im Fall Schmolz + Bickenbach durchaus eine Wirkung gezeigt.

Zumal die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung innerhalb der Gemeinde nicht die Beste ist und ein Programm zur Wirtschaftsförderung für den Standort Emmen fehlt, ist dieses jetzt unbedingt erforderlich.

Emmenbrücke, 2. März 2020

Im Namen der SVP Fraktion

Ibolyka Lütolf

Markus Schumacher

Markus Greter

Marco Paternoster